

Udo Voigt, Dipl.sc.pol.
NPD-Parteivorsitzender

Von sozialer Marktwirtschaft ist hierzulande nichts mehr übrig geblieben. Wir erleben den Kapitalismus pur. In der BRD wird abgezockt, was das Zeug hält: Vom Staat, von Managern, von Politikern, von Vorständen der Krankenkassen und Versicherungen. Das Volk blutet, und das Kapital kassiert! Die 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen steigern beständig ihre Gewinne, bauen Arbeitsplätze in Deutschland ab, während der Reallohn der Arbeitnehmer stetig sinkt. Man braucht kein Wirtschaftsexperte zu sein, um sich auszurechnen, daß der Gewinn sprung im Wesentlichen auf Lohndrückerei und Erhöhung des Leistungsdrucks auf die (Noch-)Beschäftigten sowie die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland zurückzuführen ist.

Kräftig plündern Staat und Kommunen das Volk aus. In den letzten zehn Jahren hat sich der Preis für Diesel und Benzin verdoppelt u.a. dank der Ökosteuer. Heizölsteuer und Strom unterlagen ebenso drastischen Erhöhungen infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Die Liste der staatlichen „Reformen“, die alles drastisch verteuern, läßt sich beliebig fortsetzen, wie die Gesundheitsreform, Gebührenerhöhung bei Wasser, Müll, der Nutzung öffentlicher Einrichtungen, wie Bäder, Busse, Nahverkehr, Kindergartenabgaben usw.

Deutschland wird von all denen kaputtgewirtschaftet, die heute Entscheidungsbefugnisse haben und „Abzockementalität“ besitzen und begünstigen. Steuergeschenke an die Industrie sollen durch Streichung der Eigenheimzulage oder der Kilometerpauschale gegenfinanziert werden. Beim kleinen Bürger, ja selbst bei den Arbeitslosen wird zugunsten der Subventionsgeschenke für die Industrie, für Beamten- und Ministergehälter kräftig abgezockt.

Dies geht jedoch nur solange, bis man die Verantwortlichen abstrafft. Mit der NPD ist dies möglich, denn NPD wählen oder unterstützen heißt Höchststrafe für die Altparteien.



**Mitmachen.
Verändern.
Handeln.**



- Ich interessiere mich für Ihre Arbeit und bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte Mitglieder der JN werden (ab 14 Jahre).
- Bitte senden Sie mir das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ zu (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).



Vorname

Name Alter

Straße, Nr.

PLZ, Ort

ePost

Telefon

Radikale Probleme verlangen radikale Lösungen. Radikal aber bedeutet: Von der Wurzel her.

Das passiert, wenn die NPD regiert...

Ein Maßnahmenkatalog

„Sozial geht nur national“ ist eine nationaldemokratische Kampagne. Alle Texte und Berichte zur Kampagne können im Weltnetz eingesehen werden:

www.sozial-geht-nur-national.de

030 - 650 110

NPD, Postfach 84 01 57, 12531 Berlin

parteizentrale@npd.de

npd.de jn-buvo.de

Eine Kampagne von:

Die Politik der NPD unterscheidet sich grundsätzlich von der Politik der gegenwärtig im Bundestag vertretenen Altparteien. Wie sich diese Unterschiede in der Praxis auswirken könnten, sollen die folgenden fiktiven Radiomeldungen zeigen, die den neuen politischen Kurs einer NPD-Regierung aufzeigen:

5. November

Der Bundestag verabschiedete heute zwei wichtige Gesetze zur Beseitigung der Not in Deutschland:

Ab dem 1. Dezember tritt das nationale Arbeitsplatzsicherungsgesetz in Kraft. Danach dürfen Arbeitsämter und Arbeitsvermittlungsstellen Arbeit nur dann und nur für eine bestimmte Zeit an Ausländer vergeben, wenn keine gleichqualifizierten deutschen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Mit Wirkung vom 1. Januar tritt das Hartz-IV-Abwicklungsgesetz in Kraft. Damit wird die unsoziale Politik der Altparteien restlos beseitigt.

19. November

Mit sofortiger Wirkung tritt das neue Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft. Einen deutschen Paß erhalten ab sofort nur noch Personen, deren Eltern Deutsche sind.

1. Dezember

Am heutigen Tag sind weitere Gesetze des Maßnahmenpaketes der Bundesregierung zur Ausländerheimführung in Kraft getreten. In der BRD lebende Ausländer wurden aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem ausgegliedert und dürfen in der BRD ab sofort keinen Grund und Boden mehr erwerben.

10. Dezember

Ab heute können Politiker und Angehörige der Verwaltung für finanzielle Fehlentscheidungen persönlich mit ihrem Vermögen, wie Geschäftsinhaber einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, haftbar gemacht werden. Außerdem erließ der Bundestag ein Gesetz gegen Behördenwillkür und Machtmißbrauch der Verwaltungen.

11. November

Der Bundestag hat heute dem Antrag der NPD-Fraktion zugestimmt, die Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan, Usbekistan, Mazedonien, Kuwait, Kenia, Djibouti, Bosnien-Herzegowina, Georgien und dem Kosovo abzuziehen. Deutsche Soldaten werden künftig nur noch zum Schutze der Heimat, nicht aber zur Durchsetzung der Interessen der US-Konzerne eingesetzt.

14. November

Das Bundeskabinett hat heute umfangreiche Maßnahmen zur Förderung deutscher Familien beschlossen. Ab dem 1. Januar wird das Kindergeld für Deutsche auf 500 € erhöht. Das Kindergeld für Ausländer muß künftig von ihren Heimatländern bezahlt werden. Der Mutterschaftsurlaub wurde auf vier Jahre ausgedehnt, ein Gesetz zur bevorzugten Vergabe von Halbtagsstellen an Alleinerziehende vorgelegt.

22. November

Der von der NPD eingebrachte Antrag zur Streichung des Rechtsanspruchs auf Asyl aus dem Grundgesetz erhielt heute im Bundestag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, da Linke, CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP dagegen stimmten. Angenommen wird allerdings eine Änderung des Asylverfahrensgesetzes, in dessen Folge nun alle Scheinasylanten ausgewiesen werden können. Zudem dürfen Asylanten künftig im Regelfall erst in die BRD einreisen, nachdem ihr Asylantrag positiv überprüft wurde. Weiteren Auswüchsen des Asylmißbrauches wird so ein Riegel vorgeschoben.

13. Dezember

Die zweite Stufe des Familienförderungsgesetzes wird bereits am 1. März in Kraft treten. Es beinhaltet insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation sozial schwacher Kinder. So ist für Kinder ein Besuch in öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern, zoologischen Gärten und Museen künftig kostenlos. Die Lehrmittelfreiheit wurde ebenso bundeseinheitlich festgeschrieben wie die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Kinder.

Sozial geht nur national.

Für die Zukunft unserer Kinder.



Das könnte Wirklichkeit werden...

Das passiert, wenn die NPD regiert.

Ein Maßnahmenkatalog



Helfen Sie mit!

5. Februar

Auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen beantragte die nationaldemokratische Bundesregierung einen EU-Sondergipfel zur Rückabwicklung der EU-Osterweiterung und zur Einführung der nationalen Währungssouveränität. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß die Osterweiterung tatsächlich die vorausgesagten unkalkulierbaren wirtschaftlichen und sozialen Risiken brachte. Der freie Zugang der wirtschaftlich und sozial unterentwickelten osteuropäischen Staaten zum deutschen Markt setzte die deutschen Arbeiter der direkten Konkurrenz mit den dort herrschenden unsozialen Billiglöhnen aus. Dies führte in der BRD zwangsläufig zum Ansteigen der Arbeitslosigkeit und weiteren Einschnitten ins soziale Netz. Überdies führt die Freizügigkeit zu einem unerwünschten Zuzug von Millionen Ausländern, sagte ein Regierungssprecher. Sollte der Rückabwicklung und der Einführung der nationalen Währungssouveränität auf dem EU-Sondergipfel nicht zugestimmt werden, erwägt die nationaldemokratische Regierung den Austritt aus der EU.

15. März

Wie das Statistische Bundesamt heute mitteilte, hat sich die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer im ersten Jahr nach dem Regierungsantritt der NPD um 2.032.764 verringert. Dies sei auf die Ausweisung geduldeter Asylbetrüger, die gesunkene finanzielle Attraktivität der BRD für Ausländer, die übliche Heimwanderung und die Reformierung des Asylverfahrensrechtes zurückzuführen. Eine Fortsetzung dieses positiven Trends sei auch im nächsten Jahr zu erwarten. In der Statistik ist die Zahl der 788.089 infolge verstärkter polizeilicher Maßnahmen aufgegriffenen und ausgewiesenen Ausländer, die sich illegal in der BRD aufhielten, nicht enthalten.

12. August

Die Zahl der Konsumenten harter Drogen ist im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30% gesunken. Das Bundeskriminalamt führte dies in erster Linie auf die konsequente Verfolgung von Rauschgifthändlern nach dem Regierungswechsel zurück. „Durch Stärkung der Familien und gemeinschaftlicher Werte wird die Zahl der Drogenabhängigen in den nächsten Jahren auf 10% des Standes im Jahr 2001 gesenkt“, kündigte ein Regierungssprecher an.